

**Seite:** 20  
**Ressort:** Wirtschaft  
**Seitentitel:** Unternehmen  
**Serientitel:** Menschen und Wirtschaft  
**Ausgabe:** Hauptausgabe

**Mediengattung:** Tageszeitung  
**Nummer:** 257  
**Auflage:** 237.934 (gedruckt) 226.678 (verkauft)  
237.254 (verbreitet)  
**Reichweite:** 0,833 (in Mio.)

## MENSCHEN UND WIRTSCHAFT

# Digitales Wissen gesucht

Der gute Wille zur Digitalisierung scheitert vor allem an zwei Dingen: fehlenden Fachkräften und rechtlichen Hürden. Das ist das Ergebnis einer Studie der Kanzlei Clifford Chance. Die der F.A.Z. vorliegende Untersuchung ergibt nach der Befragung von mehr als 200 Führungskräften, dass diese zu je 40 Prozent den Personalmangel und Rechtsfragen - etwa zu Datenschutz, Haftung und Datensicherheit - als Ursache für fehlende Umsetzung wahrnehmen.

Als größte Herausforderung rechtlicher Art benennen die Befragten noch immer die sichere Umsetzung der seit mehr als einem Jahr greifenden Datenschutzgrundverordnung (DSGVO): 43 Prozent sehen darin ein Thema, das sie die nächsten 12 Monate beschäftigen werde.

Die Mehrheit rechnet auch in fünf Jahren nicht mit verbindlicher Rechtssicherheit in Datenschutzfragen. Sieben von zehn Befragten gaben an, dass sie beim Einsatz digitaler Lösungen wegen der DSGVO vorsichtiger geworden seien. Umfassende rechtliche Kenntnisse lägen den Unternehmen hier nur zu 38 Prozent vor.

Besonders groß sei die Vorsicht in der regulierten Gesundheitsbranche, schätzt der Clifford-Partner Gunnar Sachs, wobei der Kostendruck mittelfristig zu einem wesentlichen Treiber werde. "Neben klassischen Gesundheits- werden zunehmend auch IT-Unternehmen in neue Geschäftsmodelle investieren", meint Sachs. Der Gesetzgeber werde Rechtsrahmen schaffen müssen, "insbesondere für Künstliche Intelligenz im

Gesundheitswesen".

Es fehlt der Umfrage zufolge umfassendes Wissen zu rechtlichen Themen. Das betrifft vor allem mittelgroße Unternehmen mit 250 bis 500 Mitarbeitern. Jedes zweite Unternehmen lässt sich vor Beginn der Umsetzung digitaler Lösungen rechtlich beraten. 40 Prozent schalten Juristen erst im laufenden Prozess ein, 15 Prozent nur dann, wenn akute Fragen auftauchen. In weniger als jedem zehnten Unternehmen entscheidet demnach die Rechtsabteilung darüber, ob digitale Technologien eingesetzt werden. Das liegt noch immer in der Hand der IT-Abteilung (zu 74 Prozent) und der Geschäftsleitung (zu 46 Prozent). hw.

**Wörter:** 279